

Zuarbeit Bauverwaltung zur Thematik:

Richtlinie für den privatfinanzierten Parkplatzbau in der Gemeinde Am Mellensee

hier: den Beschlussvorschlag der Fraktion DIE LINKE und Fraktion UWG zu prüfen,
ob eine Satzung für privatfinanzierte Straßenausbauten für sinnvoll erachtet werden kann

Die Bauverwaltung hat zu dieser Problematik eine angeregte Diskussion geführt und möchte im Ergebnis dessen nachfolgende Einschätzung mitteilen.

Generell sollte für die Rechtssicherheit eine Rücksprache mit einem fachlichen Anwaltsbüro geführt werden, da hier Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch Privatpersonen durchgeführt werden sollen, die durch die Verwaltung nicht begleitet werden können.
(Haftungsübernahme)

Beachtet man den § 12 Abs. 1 der StVO ist das Parken grundsätzlich auf allen Straßen möglich und bedarf keiner weiteren Aufstellflächen.

Des Weiteren gibt es eine Richtlinie, in der festgeschrieben ist, dass 2 Stellplätze auf dem eigenen Grundstück nachzuweisen sind.

Aus unserer Sicht kann der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht eingehalten werden, d.h. es gibt einen Nachteil gegenüber denen, welche keine Möglichkeit haben, einen Stellplatz vor Ihrem Grundstück zu beantragen / herzustellen.

Aus unserer Sicht sind wenige Straßenzüge im Gemeindegebiet vorhanden, bei denen eine Errichtung von Parkplatzflächen umsetzbar wäre, zum Beispiel: Siedlung Saalow, Siedlung Mellensee beidseitig, teilweise Siedlung Kummersdorf-Alexanderdorf.

Aus der Bearbeitung heraus, bleibt jeder Antrag eine Einzelfallentscheidung.

Jeder Antrag ist separat zu prüfen und mit Auflagen zu genehmigen.

Stellungnahmen / Belange weiterer Behörden wie Untere Denkmalschutzbehörde, Untere Naturschutzbehörde und Belange / Auflagen der einzelnen Medienträger sind dabei abzufragen, zu fordern und zu kontrollieren.

Auch die örtlichen Gegebenheiten sind sehr unterschiedlich (Breite des Seitenbereiches zwischen Grundstücksgrenze und Fahrbahn, Beschaffenheit des Seitenbereiches wie Mulde, Versickerungsfläche, evtl. Befestigungen).

Zu bedenken ist, dass weitere befestigte Flächen die Versickerungsfläche für das Oberflächenwasser aus den öffentlichen Verkehrsflächen reduzieren.

Allgemein können in der Richtlinie / Satzung nicht die Anspruchsvoraussetzungen definiert werden, d.h. welche Kriterien gelten für eine Ablehnung bzw. Genehmigung.

Inhaltlich muss für den Satzungstext geklärt werden:

- Festlegung des Ausbauzustandes (wie Größe, Material, Lage/ Anordnung)
- geht die hergestellte Pflasterfläche in die Straßenbaulast der Gemeinde über
- wer ist für die Wartung und Unterhaltung der Fläche verantwortlich, zu beachten auch die Durchführung des Winterdienstes
- Duldung der Benutzung der Parkfläche durch Dritte, da öffentlicher Verkehrsraum
- Freigabe für notwendige Arbeiten durch Verlegung von Medien im öffentlichen Verkehrsraum und abschließender Abnahme der wiederhergestellten Pflasterfläche

Aus vorgenannten Hinweisen / Bedenken kann einer Satzung oder Richtlinie für einen privatfinanzierten Parkplatzbau nicht gefolgt werden und wird als nicht sinnvoll angesehen.